

Sozialversicherungsbeiträge

Bis zu 1.900 Euro im Monat

Die von der Politik versprochene Senkung der Sozialversicherungsbeiträge lässt auf sich warten, was die Schaffung neuer Jobs erschwert. So liegen die Beitragssätze zur Sozialversicherung momentan mit exakt 42 Prozent immer noch um 5 Punkte höher als kurz nach der Wiedervereinigung. Für einen Top-Mitarbeiter müssen die Betriebe bis zu 950 Euro pro Monat an die Sozialversicherung abführen – der Arbeitnehmer bekommt als Eigenanteil noch einmal das Gleiche vom Brutto abgezogen. Vor allem zwei Posten haben zuletzt Rekordmarken erklommen. In West- und Ostdeutschland kletterte der Höchstbetrag in der Krankenversicherung bundesweit auf knapp 500 Euro im Monat – im Jahr 1991 waren es im Westen 300 und im Osten 160 Euro. Für die Rentenversicherung werden in Westdeutschland heute pro Beschäftigten und Monat in der Spitze sogar mehr als 1.000 Euro fällig – das ist rund doppelt so viel wie unmittelbar nach der Wende.

In den Unternehmen und auf den Gehaltszetteln reißen alle Posten zusammen tiefe Löcher. So müssen in diesem Jahr in Westdeutschland die Beschäftigten mit ihren Arbeitgebern bis zu 1.897 Euro pro Monat an die Sozialversicherungsträger überweisen. Vor 13 Jahren kam man noch mit maximal 1.118 Euro aus. In Ostdeutschland sind aufgrund der niedrigeren Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung immerhin bis zu 1.689 Euro fällig. Neben der gesetzlichen Sozialversicherung verteuern auch soziale Extras, wie etwa bezahlte Freizeit, die Arbeitskraft zusätzlich. Ein allein stehender Arbeitnehmer, der monatlich netto 1.798 Euro nach Hause bringt, schlägt in der Kostenrechnung seiner Firma mit sage und schreibe 4.244 Euro pro Monat zu Buche.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Kosten, die keiner kennt – Das soziale Netz der Betriebe, Ausgabe 2004, 32 Seiten, 3 Euro, Mindestabnahme 3 Exemplare. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder unter www.divkoeln.de

Gesprächspartner im IW: Christoph Schröder, Telefon: (02 21) 49 81-7 73



Der Job-Blocker

Die Beitragssätze zur Sozialversicherung liegen momentan exakt bei 42 Prozent. Damit sind sie allein seit der Wiedervereinigung um 5 Punkte geklettert. Für einen Top-Mitarbeiter müssen die Betriebe bis zu 950 Euro pro Monat an die Sozialversicherung abführen – der Arbeitnehmer bekommt als Eigenanteil noch einmal das Gleiche vom Brutto abgezogen.*)

Wer hierzulande ein gutes Beispiel für einen Teufelskreis sucht, der wird in der Sozialversicherung fündig. Wenn der Beitragssatz aufgrund von höheren Ausgaben steigt, dann wird Arbeit teurer. Wenn die Arbeit zu teuer wird, gehen Jobs verloren. Die Zahl der Beitragszahler schrumpft mithin, was erneut zu einer Anhebung der Beitragssätze führt. Gleichzeitig kosten die Arbeitslosen mehr Geld.

Was das im Einzelnen für die Sozialversicherung heißt:

Arbeitslosenversicherung. Rund 51 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesagentur für Arbeit entfallen auf das Arbeitslosengeld. Weitere wichtige Ausgabenposten sind Unterhaltsgeld, berufliche Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Rehabilitation sowie die Verwaltungsausgaben für die Nürnberger Behörde und ihre Zweigstellen.

Besonders zu Buche schlagen die Aufwendungen zur Finanzierung des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern. Dort wurden im Jahr 2003 insgesamt über 18 Milliarden Euro ausgegeben. Dies hatte zur Folge, dass erneut an der Beitragssatzschraube gedreht wurde:

Der Höchstbeitrag zur Arbeitslosenversicherung erreicht im Westen inzwischen 335 Euro im Monat – noch kurz nach der Wende waren es lediglich 226 Euro.

Dabei werden die Arbeitslosenhilfe und das künftige Arbeitslosengeld II, das Erwerbslose ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten, nicht einmal aus dem Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung finanziert, sondern aus der Steuerkasse. Im Jahr 2003 waren das 16,5 Milliarden Euro.

Krankenversicherung. Die strukturellen Defizite in der Krankenversicherung sind trotz der jüngsten Gesundheitsreform, die vor allem Einsparungen bei den Arzneimitteln brachte, nicht gelöst. Wettbewerbsdefizite, mangelnde Kostenverantwortung und der medizinisch-technische Fortschritt treiben die Ausgaben in die Höhe. In West- und Ostdeutschland kletterte der Höchstbetrag mittlerweile auf knapp 500 Euro im Monat – vor rund zehn Jahren waren es im Westen 300 und im Osten 160 Euro.

Für die Betriebe kommen weitere Kosten hinzu, wenn ein Mitarbeiter krank wird. Denn die Firmen müssen während der ersten sechs Wochen das Gehalt in voller Höhe weiter zahlen.

Zusammen mit den fälligen Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung

reißt die Entgeltfortzahlung mittlerweile ein Loch von mehr als 33 Milliarden Euro pro Jahr in die Kalkulation der Unternehmen.

Rentenversicherung. Steigende Rentenlasten – bedingt durch die längere Lebenserwartung und den Trend zur Frühverrentung – machen nicht nur den Rentenkassen zu schaffen, sondern auch den Beitragszahlern. Über 1.000 Euro werden heute pro Beschäftigten und Monat in der Spitze für die Rentenversicherung fällig.

Pflegeversicherung. Statt aus den Fehlentwicklungen der umlagefinanzierten Sozialversicherung zu lernen und ein kapitalgedecktes Verfahren einzuführen, fügte man 1995 noch eine gleich gestrickte Pflegeversicherung hinzu. Die kostet nun 1,7 Prozent der Einkommen.

In den Unternehmen und auf den Gehaltszetteln reißen alle Posten zusammen tiefe Löcher. So müssen in diesem Jahr in Westdeutschland die Beschäftigten mit ihren Arbeitgebern bis zu 1.897 Euro pro Monat an die Sozialversicherungsträger überweisen. Vor 13 Jahren kam man noch mit maximal

1.118 Euro aus. In Ostdeutschland sind aufgrund der niedrigeren Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und der Arbeitslosenversicherung immerhin bis zu 1.689 Euro fällig (Grafik).

Neben der gesetzlichen Sozialversicherung verteuern auch soziale Extras, wie etwa bezahlte Freizeit, die Arbeitskraft zusätzlich. Ein allein stehender Arbeitnehmer, der monatlich netto 1.798 Euro nach Hause bringt, schlägt in der Kostenrechnung seiner Firma summa summarum mit sage und schreibe 4.244 Euro pro Monat zu Buche.

Sozialversicherungsbeiträge: Deutsche Krankheit				
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung				
Westdeutschland	Beitragssatz in Prozent		Höchstbeitrag in Euro pro Monat	
	1991	2004	1991	2004
Rentenversicherung	17,7	19,5	588	1.004
Krankenversicherung	12,2	14,3	304	499
Arbeitslosenversicherung	6,8	6,5	226	335
Pflegeversicherung	–	1,7	–	59
Insgesamt	36,7	42,0	1.118	1.897
Ostdeutschland	Beitragssatz in Prozent		Höchstbeitrag in Euro pro Monat	
	1991	2004	1991	2004
Rentenversicherung	17,7	19,5	308	848
Krankenversicherung	12,8	14,3	157	499
Arbeitslosenversicherung	6,8	6,5	118	283
Pflegeversicherung	–	1,7	–	59
Insgesamt	37,3	42,0	583	1.689

Ursprungsdaten: VDR, BMGS

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 32/2004 Deutscher Institut-Verlag

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Kosten, die keiner kennt – Das soziale Netz der Betriebe, Ausgabe 2004, 32 Seiten, 3 Euro, Mindestabnahme 3 Exemplare. Bestellung über Fax: (0221) 49 81-4 45 oder unter www.divkoeln.de